



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/07/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 01.12.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 17:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Antrag auf erweiterte Förderung der AIDS-Hilfe Hagen
Stellungnahme des Gesundheitsamtes
7. . Sachstand Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen
Bericht der Verwaltung
8. . Vorschlag der SPD-Fraktion
Hier: Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen
Vorlage: 1111/2015
9. . Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP
Leitfaden für Vermieter von Flüchtlingswohnungen
Vorlage: 1172/2015
10. . Weiterführung des Sozialtickets
Anlage
11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 17:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Henschel begrüßt die Ausschussmitglieder und bittet darum, die Tagesordnung um einen Punkt erweitern zu dürfen. Die CDU-Fraktion habe einen Dringlichkeitsantrag zur heutigen Tagesordnung gestellt, der unter TOP 9 beraten werden solle.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Auf Nachfrage von Frau Timm-Bergs bestätigt Herr Hentschel, dass der Antrag der SPD-Fraktion und der Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP bezüglich der "Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen" als Tagesordnungspunkt 8 beraten werden.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet, dass es einen neuen Mietspiegel für Hagen gebe. Dieser könne im Internet heruntergeladen werden. Der Mietspiegel führe dazu, dass die Mieten in Hagen um 2,4 % gestiegen seien. Das habe Auswirkungen auf die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB XII. Daraus werde sich eine Anpassung der Mietobergrenzen ergeben. Das führe zu Mehrausgaben bei der Stadt Hagen.

3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Herr Homm ergänzt die Ausführungen zum Arbeitskreis ÖPNV. Dort setzte man sich für die Installierung einer Anzeigetafel aller Busfahrzeiten im Bahnhof ein.



4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Zum Thema E-Scooter äußert er seine Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge. Er bittet die Ausschussmitglieder, politischen Druck auszuüben. Wichtig sei seines Erachtens auch, festzustellen, über welche Anzahl von E-Scootern man eigentlich in Hagen rede. Er vermute, dass die Zahl kleiner sei als angenommen. Er hoffe, dass bald Bewegung in die Sache käme.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

**6. . Antrag auf erweiterte Förderung der AIDS-Hilfe Hagen
 Stellungnahme des Gesundheitsamtes**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreterinnen des Gesundheitsamtes Frau Dr. Sommer und Frau Kurnoth und den Geschäftsführer der AIDS-Hilfe Hagen Herrn Rau.

Er weist darauf hin, dass Herr Rau nicht förmlich eingeladen sei. Da Herr Rau seines Erachtens zu der Thematik Stellung nehmen sollte, stellt er das zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Der Geschäftsführer der AIDS-Beratung Herr Rau darf bei der Beratung des Tagesordnungspunktes mitwirken.**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	3		
CDU			5
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 5

Frau Kurnoth betont, dass die AIDS-Hilfe Hagen ausgezeichnete und sehr engagierte Arbeit leiste. Sie beschreibt die Entwicklung der Förderung der AIDS-Hilfe durch die Stadt Hagen. Der aktuelle Vertrag des Gesundheitsamtes mit der AIDS-Hilfe Hagen sei datiert auf den 08.12.2011. Sie beschreibt ihre Enttäuschung darüber, dass sie erst über den Sozialausschuss von dem Wunsch der AIDS-Beratung nach einer Erweiterung des Zuschusses erfahren habe. Dem Gesundheitsamt läge bis heute kein derartiger Antrag vor. Aus diesem Grunde sei eine Stellungnahme hierzu nicht möglich. Sie weist abschließend auf die finanzielle Situation der Stadt Hagen hin. Man hätte daher kaum eine Chance gehabt, diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Hentschel schlägt vor, die Angelegenheit auf die nächste Sitzung zu verschieben, damit die Vertragspartner Gelegenheit hätten, sich vorab über den Antrag zu verständigen.

Herr Rau nimmt zu den Ausführungen von Frau Kurnoth Stellung.

Herr Hentschel stellt seinen Vorschlag zur Abstimmung.

2. Die Beratung über die Erweiterung der Förderung der AIDS-Hilfe Hagen wird auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses geschoben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	3		
CDU			5
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		



Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>10</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>5</u>

7. . Sachstand Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann betont, dass die Stadt Hagen derzeit eine enorm hohe Zuweisung zu verkräften habe. Man habe derzeit 1.300 Personen in kommunalen Unterkünften untergebracht. Der Druck sei weiterhin groß. Der nächste Termin des Runden Tisches Asyl sei für Januar geplant. Die Arbeitsgruppen, die gebildet worden seien, arbeiteten ständig weiter.

Die Zahl der zusätzlich zu betreuenden Kinder liege bei ca. 1500. Dazu kämen weitere 1500 zu betreuende Kinder und Jugendliche im Bereich Schule. 30 bis 40 % davon seien Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Herr Gierke ergänzt die Ausführungen im Hinblick auf die aktuelle Situation. Man habe derzeit schon 650 Flüchtlinge in angemieteten Wohnungen untergebracht. Es handele sich um 170 Wohnungen, die man verwalte. Seit dem 23. November müsse man in Hagen eine Turnhalle nutzen. Diese befinde sich in der Berghofstraße. Innerhalb von einer Woche habe man 160 Flüchtlinge zugewiesen bekommen. Im Monat November seien es insgesamt über 400 Flüchtlinge gewesen, die man habe unterbringen müssen. Eine Unterbringung in den Notunterkünften des Landes sei nicht möglich gewesen. In den Notunterkünften des Landes stünden 1200 Plätze zur Verfügung. Die Stadt Hagen habe im kommunalen Bereich über 1300 Flüchtlinge untergebracht. Bezogen auf die Quote müsste man weitere 200 Flüchtlinge unterbringen. Man habe in der Regel einen Informationsvorlauf von 2 bis 3 Tagen, dass Flüchtlinge zugewiesen würden. Am heutigen Tage habe dieser 3 Stunden betragen. Die Turnhalle werde rund um die Uhr betreut. Die Verpflegung erfolge über eine Caterer. Kurz nach der Eröffnung habe es eine Bürgerversammlung gegeben, in der den Bürgern die Situation vorgestellt worden sei. Die Kirchengemeinden engagierten sich stark in dem Bereich.

Herr Goldbach merkt an, dass die Belegung der Turnhalle ein Notfallplan gewesen sei, der nicht optimal sei. Diese Form der Unterbringung in der Turnhalle werde weder den Ansprüchen der Verwaltung noch denen der Flüchtlinge gerecht. Ziel müsse sein, möglichst bald auf diese Form der Unterbringung verzichten zu können. Es sei außerdem die teuerste Unterbringungsmöglichkeit.

Er beantwortet Fragen von Herrn Sondermeyer und Frau Fischbach.



Frau Kaufmann weist darauf hin, dass diese Turnhalle nur eingeschränkt nutzungsfähig gewesen sei. Man habe eine 100%ige Unterbringung der sechs Sportvereine erreicht.

Frau Timm-Bergs fragt nach dem Stand der Gespräche in Bezug auf die Lockerung von Brandvorschriften in kommunalen Wohnungen. Es sei sicher notwendig, die Standards zu senken, wenn man alle Flüchtlinge mit Wohnraum versorgen wolle.

Frau Kaufmann schlägt vor, die Fragen zu dem Themenkomplex zu sammeln, um diese beim nächsten Tagesordnungspunkt zu beantworten.

Frau Niemann fragt nach bestehenden Problemen in Bezug auf die sanitären Anlagen in der Turnhalle in der Berghofstraße.

Herrn Gierke sind diesbezüglich keine Schwierigkeiten bekannt.

Frau Kaufmann bittet darum, informiert zu werden, wenn konkrete Probleme bekannt seien.

Frau Niemann beschreibt das bestehende Problem.

Herr Gierke verspricht, sich darum zu kümmern.

Auf eine Frage von Herrn Hentschel teilt Herr Goldbach mit, dass die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die Hagen zugewiesen bekomme, zusammengerechnet werde aus den bereits kommunal zugewiesenen Flüchtlingen und den nominellen Plätzen in den Flüchtlingsunterkünften des Landes. Man sei derzeit mit der Quote im Minus. Eine Erhöhung der Plätze in den Landesunterkünften würde unmittelbar helfen, weil diese auf die noch zu erwartenden Flüchtlinge verrechnet würde. Eine Aufstockung der Plätze in der Landesunterkunft in Delstern wäre insofern hilfreich.

Bei einer Unterbringung der jetzigen Flüchtlinge, die in der Turnhalle untergebracht seien, helfe nur ein weiteres kommunales Objekt oder die Akquise von Wohnungen.

8. . **Vorschlag der SPD-Fraktion**

Hier: Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen
Vorlage: 1111/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel weist darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion und der Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP als Tischvorlage ausgelegt seien.



Frau Timm-Bergs bittet im Namen ihrer Fraktion um die Einrichtung einer interfraktionellen Gruppe, die Mitte Januar zum ersten Mal tagen solle. Sie beantragt, die heutige Beratung als erste Lesung betrachten.

Frau Sauerwein erläutert den Ergänzungsantrag der Allianz.

Auf Bitte von Herrn Hentschel nach Vorschlägen für den Vorsitz der interfraktionellen Gruppe wird Frau Timm-Bergs vorgeschlagen.

Frau Kaufmann betont, dass das im Regelfall Aufgabe der Verwaltung sei, die Fraktionen darin zu begleiten und diese koordinierende Aufgabe zu übernehmen.

Sie schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst die Koordination für den ersten Termin übernimmt.

Frau Engelhardt macht deutlich, dass eine Beteiligung der Verwaltung zwingend notwendig sei.

Herr Goldbach merkt an, dass er natürlich davon ausgegangen sei, dass die Verwaltung diese Arbeitsgruppe begleite. Er habe die Initiative so verstanden, dass man sich gemeinsam Gedanken machen wolle, was die mittel- und langfristige Unterbringung und Integration der Menschen angehe. Die Landesunterkünfte seien auch nur auf Zeit angelegt und würden irgendwann aufgelöst. Das brächte neue Herausforderungen mit sich, da diese Menschen dann auch untergebracht werden müssten.

Er nimmt weiterhin Bezug auf einen konkreten Auftrag aus dem Antrag der Allianz, der sich auf die nächste Ratssitzung am 10. Dezember beziehe. Er möchte wissen, ob dort schon ein prognostischer Bericht vorgestellt werden solle, der Personal- und Organisationsaufwände beinhalte. Die Alternative sei, dass diese Dinge zunächst in der interfraktionellen Gruppe diskutiert werden sollten. Dort könnten dann Leitfragen und ein Zeitplan entwickelt werden. Er bäte, diese Frage mit den Fraktionen abzustimmen.

Frau Sauerwein ist der Meinung, dass eine vorherige Diskussion in der Arbeitsgruppe im Januar sinnvoll sei.

Herr Vesper schließt sich der Meinung von Frau Sauerwein an. Der Rat habe die Angelegenheit an den Sozialausschuss verwiesen. Man brauche ein geeignetes Handlungskonzept, das interfraktionell erarbeitet werden solle. Daher mache es seines Erachtens keinen Sinn, dass die Verwaltung gezwungen werde, vorab in wenigen Tagen ein solches Konzept zu entwickeln. Er schlage vor, dass auch die Feuerwehr bei den Gesprächen miteingebunden werde, um die Frage des Brandschutzes zu erörtern.



Herr Wegener bittet darum, dass die Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe zukünftig regelmäßig auf die Tagesordnung gesetzt werde, damit die Ausschussmitglieder darüber informiert würden, was langfristig geschehe.

Herr Henschel ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Frau Niemann erklärt, dass man zum 10. Dezember lediglich einen prognostischen Bericht in Form einer Einschätzung der Verwaltung erbeten habe. Dieser Bericht solle zur ersten Sitzungsrunde im nächsten Jahr erst schriftlich vorliegen.

Herr Goldbach stellt fest, dass die Verwaltung sicher etwas zu der Prognose der Flüchtlingszahlen für das nächste Jahr sagen könne. Er beschreibt die Schwierigkeit weiterer Vorhersagen.

Frau Kaufmann bietet an, die Präsentation aus dem Rat als Anlage zum Protokoll beizufügen. Weiterhin könnten auch Informationen des statistischen Amtes geliefert werden, aus denen ersichtlich würde, an welchen Stellen in Hagen die Zuwanderer wohnen (**siehe Anlage 1 und 2 zu TOP 8**).

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass der Antrag den Zusatz beinhalte, dass der Bericht für den Rat im Dezember mit „vertretbarem Aufwand“ gefertigt werden solle und der Rest im Januar nachgeliefert werden könne.

Frau Timm-Bergs plädiert dafür, die tiefergehenden Zahlen zunächst der Gruppe zur Verfügung zu stellen.

Herr Wegener bittet, die Daten den Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zu schicken.

Herr Henschel bittet die Fraktionen, jeweils ein Mitglied für die interfraktionelle Gruppe zu benennen.

Diesem Wunsch kommen die Fraktionen nach.

Herr Henschel lässt über die Einrichtung der interfraktionellen Gruppe abstimmen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss bildet eine interfraktionelle Gruppe zur Unterstützung der Verwaltung und zur politischen Kontrolle in Bezug auf die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen.

Benannt werden folgende Mitglieder



- Frau Timm-Bergs SPD-Fraktion
- Frau Marianne Cramer CDU-Fraktion
- Frau Ruth Sauerwein Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- wird nachbenannt Fraktion Hagen-Aktiv
- Herr Jan Vesper FDP-Fraktion
- Herr Ralf Sondermeyer Fraktion Die Linke
- Herr Martin Goege AfD Fraktion

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	3		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



2. Die Vorlage wurde in **1. Lesung** beraten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	3		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Anmerkung der Schriftführerin:

Von der Fraktion Hagen Aktiv wurde nachträglich Herr Dr. Josef Bucker als Mitglied für die interfraktionelle Gruppe benannt.

**9. . Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP
Leitfaden für Vermieter von Flüchtlingswohnungen
Vorlage: 1172/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Cramer erläutert den Dringlichkeitsantrag.

Frau Kaufmann teilt mit, dass sie der Pressebericht bezüglich des Leitfadens der Verwaltung etwas überrascht habe. Man brauche auch weiterhin ganz dringend Wohnraum. Vor dem Hintergrund weiterhin steigender Flüchtlingszahlen habe man sich erneut mit den Spielräumen befasst, die für die Anmietung von Wohnraum bestünden. Man stütze sich hierbei vollkommen auf die aktuelle Erlasslage des zuständigen Ministeriums. Auf dieser Grundlage sei es möglich,



alle Wohnungen, die eine rechtmäßig durchgeführte Baugenehmigung hätten, als Mietobjekt heranzuziehen.

Der Appell gelte weiter und sie bitte, die Verwaltung zu kontaktieren, wenn man Wohnraum, der sich in einem akzeptablen Allgemeinzustand befinde, als Mietobjekt für Flüchtlinge zur Verfügung stellen könne.

Es solle in keinem Fall eine Sonderbehandlung für Flüchtlinge geben.

In dem angesprochenen Fall des Schneefegens sei es darum gegangen, welche Konsequenzen sich daraus ergäben, wenn morgens der Bürgersteig nicht vom Schnee befreit worden sei. Wenn dann jemand einen Unfall habe, sei die Stadt Hagen in der Haftung. Man müsse daher schauen, wie man bei Vertragsgestaltung mit dem Vermieter dieses Problem löse.

Der Presseartikel habe zu einigen Irritationen geführt, die man gern ausräumen wolle.

Herr Homm betont, dass die Ausführungen von Frau Kaufmann in diesem Zusammenhang sehr wichtig seien. Der Presseartikel habe einen ganz anderen Eindruck vermittelt. Mittlerweile gebe es eine Diskussion in der Öffentlichkeit, die kaum auszuhalten sei. Er bitte die Verwaltung, einen Pressebericht zu veröffentlichen, der klar stelle, dass es keine Sonderbehandlung für Flüchtlinge gebe.

Ein Mietvertrag für ein Mietobjekt für Flüchtlinge werde von der Stadt Hagen mit dem Vermieter geschlossen und somit übernehme die Stadt Hagen alle Rechte und Pflichten des Mieters. Es wäre wichtig, dass diese Tatsache verdeutlicht werde.

Frau Kaufmann bedankt sich für die Hinweise. Sie weist darauf hin, dass es in dem Zusammenhang verschiedene Vorschriften gebe, die von der Stadt einzuhalten seien. Es sei nicht die Schuld der Presse, dass das so geschildert worden sei. Man arbeite mit einem Leitfadensystem, der den interessierten Bürgern zur Verfügung gestellt worden sei. So sei dieser öffentlich geworden. Man werde sich zukünftig bemühen, die Dinge verständlich darzulegen. Sie gehe davon aus, dass bei diesem Thema grundsätzlich alle an einem Strang zögen. Man habe heute mit allen beteiligten Stellen des Hauses zusammengesessen, um dieses Thema intensiv zu beraten. Man müsse auch Verständnis für die Anliegen der Feuerwehr in Bezug auf brandschutzrechtliche Vorgaben haben. Die Papiere seien auch im Internet zu finden.

Herr Hentschel ist der Meinung, dass es sich um ein hausgemachtes Problem handle. Er habe sich erkundigt, wie man in anderen Städten mit diesem Problem umgehe. Man müsse unterscheiden, ob die Unterbringung als Sammelunterkunft betrachtet werde oder als normaler Wohnraum. Bei Sammelunterkünften seien natürlich höhere Voraussetzungen zu erfüllen.

Herr Gierke stellt fest, dass man nicht davon ausgegangen sei, dass es sich um Sammelunterkünfte handle. Man habe nach längeren Recherchen jetzt festgestellt, dass es egal sei, wie eine Wohnung genutzt werde. Es setze nur voraus, dass diese Wohnung den Anforderungen der Bauordnung genüge.



10. . Weiterführung des Sozialtickets Anlage

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erinnert daran, dass man in der letzten Sitzung vereinbart habe, dass es in dieser Angelegenheit einen Appell in Form eines Briefes des Vorsitzenden an das Land geben solle, das Sozialticket fortzuschreiben.

Einen Tag nach der Sitzung habe man die Information bekommen, dass Mittel für diesen Zweck im nächsten Landeshaushalt angemeldet worden seien. Man habe daher gemeinsam mit dem Vorsitzenden verabredet, dass man auf einen solchen Impuls verzichten könne, weil das Ziel erreicht sei, dass das Sozialticket weitergeführt werden solle.

Frau Sauerwein merkt an, dass der Anlage zu entnehmen sei, dass auch viele Flüchtlinge das Sozialticket nutzen. Sie berichtet von einer „Mobilitätsschulung für Flüchtlinge“, die in Bochum stattgefunden habe.

Sie rege an, das aufzugreifen und auch in Hagen durchzuführen. Es gebe eine Mitarbeiterin der HVG, die eine solche Schulung besucht habe. Sie schule auch Kinder aus Kitas und Schulen.

Herr Goldbach bittet, ihm den Namen der Mitarbeiterin der HVG mitzuteilen. Dann könne man dieses Angebot an unterschiedlichen Stellen einspeisen.

11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein berichtet, dass sie sich beim Besuch des Sozialen Rathauses über das Vorhandensein vieler Gepäckstücke gewundert habe. Sie bittet um Aufklärung darüber, was mit dem Menschen geschehe, um deren Gepäckstücke es sich handele.

Herr Goldbach teilt mit, dass es sich um die Gepäckstücke der zugewiesenen Flüchtlinge handele, die im Haus verschiedene Stellen aufsuchen müssten. Man sei gerade dabei, eine Alternative für die Aufbewahrung der Gepäckstücke zu schaffen.

Herr Gierke merkt an, dass diese Alternative seit dem heutigen Tag greife.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Ingo Hentschel

Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe

Schriftführerin